

Der Vollzugsdienst

6/2017 – 64. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**„Im Dienst der Menschen“
war das zentrale Thema beim
dbb Gewerkschaftstag**

Ulrich Silberbach zum neuen dbb
Bundesvorsitzenden gewählt

Seite 1

**Dienstpostenbewertung
ist immer noch
nicht fertiggestellt**

Aktuelles aus dem Justizvollzug
in Mecklenburg-Vorpommern

Seite 40

**Schwarz-gelbe
Landesregierung greift
BSBD-Forderungen auf**

Erhebliche Personalerhöhung
für den NRW-Strafvollzug

Seite 50

Foto: © AdobeStock

WIR WÜNSCHEN ALLEN
KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN
UND IHREN LIEBEN
EIN BESINNLICHES WEIHNACHTSFEST,
RUHIGE TAGE ZUM AUSSPANNEN,
ZUM KRAFT SAMMELN
UND VIELE GLÜCKLICHE MOMENTE
IM JAHR 2018.

IHRE BUNDESLEITUNG



INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 2 „Im Dienst der Menschen“ war das zentrale Thema beim dbb Bundesgewerkschaftstag
- 3 Herzlichen Glückwunsch zu den erfolgreichen Wahlen!
- 4 1. Bundeskongress Strafvollzug und Justizverwaltung
- 5 Herbsttagung des Seniorenausschusses
- 5 Vorsorgende Verfügungen sind zwingend erforderlich
- 6 Selbstverteidigung und Eigensicherung: Bundestagung der Ausbilder in Straubing

LANDESVERBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 22 Bayern
- 24 Berlin
- 28 Brandenburg
- 31 Bremen
- 32 Hamburg
- 36 Hessen
- 40 Mecklenburg-Vorpommern
- 46 Niedersachsen
- 50 Nordrhein-Westfalen
- 64 Rheinland-Pfalz
- 69 Saarland
- 70 Sachsen
- 75 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 78 Thüringen

FACHTEIL

- 82 Nichtraucherschutz auch im Strafvollzug
- 82 Begründetheit der Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Axel Lehrer	axel.lehrer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Renè Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2018:



13. Februar 2018



Jubiläumsgewerkschaftstag des BSBD Hessen im Bürgerhaus in Butzbach

60 Jahre BSBD Hessen und kein bisschen leise ...

Ehrenamtliches Engagement, Beharrlichkeit und viel geopferte Freizeit machten die Erfolge möglich

„60 Jahre BSBD Hessen und kein bisschen leise...“,so brachte unsere Landesvorsitzende Birgit Kannegießer es auf unserem diesjährigen Jubiläumslandesgewerkschaftstag am 10. November 2017 auf dem Punkt. „Seit 60 Jahren machen WIR uns stark für alle Kolleginnen und Kollegen des hessischen Justizvollzugs, wir dürfen stolz sein auf all das, was wir in diesen 60 Jahren erreicht haben. Und ich selbst bin stolz, Eure Landesvorsitzende in Hessen sein zu dürfen!“

Weiter führt sie aus: „60 Jahre – von der ‚regierungsfeindlichen Truppe‘ zur Topgewerkschaft im Justizvollzug. Kolleginnen und Kollegen, IHR seid unsere Stärke!“ Neben Frau Justizministerin Kühne-Hörmann und ihren Mitarbei-

Gäste willkommen heißen werden: der Landesvorsitzende des dbb Hessen Kollege Heini Schmitt, der Landesvorsitzende der Deutschen Justizgewerkschaft Hessen Rolf Krämer sowie der stellvertretende Landesvorsitzende vom hessischen Bund der deutschen Rechtspfleger Andreas Lang.

Unsere Landesvorsitzende schilderte in Ihrer Rede zum Jubiläumsgewerkschaftstag wie schwierig sich die Anfänge vor 60 Jahren gestalteten.

So gab es zu Beginn – man glaubt es kaum – Disziplinarverfahren gegen BSBD-Mitglieder auf Grund ihrer gewerkschaftlichen Arbeit. Kannegießer betonte: „Wenn der BSBD einhakt, beharkt oder nachhakt, dann tut er das in der Verantwortung für seine Mitglieder und im Vollzugsgeschehen tatsächlich

für alle Kolleginnen und Kollegen des hessischen Justizvollzugs, dann will er Aufmerksamkeit stiften, für deren schwierige Arbeitssituation, für das, was die Bediensteten hinter Mauern bewegt und umtreibt und schließlich natürlich auch für deren Portemonnaie. Was wir nicht sagen, können Sie (an die anwesenden Politikerinnen und Politiker gerichtet) nicht wissen.“

Die erreichten Erfolge waren aber nur durch ganz viel ehrenamtliches Engagement und Beharrlichkeit der Mitglieder mit sehr viel geopferten Frei-

zeit möglich. Hier hob sie besonders die Leistungen der Landesvorsitzenden Aloys Zahn (1957 – 1969), Adam Spangenberg (1969 – 1973), Adam Schön (1973 – 1977), Heinz-Dieter Hessler, heutiger Ehrevorsitzender (1977 – 2004) und Uwe Röhrig (2004 – 2009) sowie die Leistungen der beiden Landesgeschäftsführer Helmut Janovsky (1966 – 1988) und Willi Kümmel (1988 – 2003) hervor, die die Arbeit des Verbandes sehr voran gebracht haben und sich besonders um das Zusammenwirken zwischen Landes- und Ortsebene gekümmert hatten.

60-jähriges Bestehen ist Anlass, die Erfolge zu rekapitulieren. Dazu gehören beispielhaft: Auflösung der Laufbahn des einfachen Dienstes, Anhebung der Eingangssämter, Verbesserung

des Stellenkegels im Vollzug, prüfungsfreie Aufstiegsmöglichkeiten, Beibehaltung der besonderen Altersgrenze und einiges mehr. Dies alles konnte jedoch nur durch ein gutes Zusammenwirken auf Landesebene, mit den Ortsverbänden und auch mit dem Bundesverband gelingen. Ein besonderer Erfolg der jüngsten Zeit war die Anhebung der „Vollzugszulage“. Hier bedankte die Landesvorsitzende ausdrücklich nochmals bei Frau Ministerin Kühne-Hörmann, Herrn Hugo Klein (MdL CDU) und Frau Karin Müller (MdL Bündnis 90/Die Grünen) für deren Unterstützung. Folgerichtig wäre jetzt jedoch noch die Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulage festzuschreiben, da das Personal tagtäglich und ein Berufsleben lang „seinen Kopf hinhalte“. Gleichzeitig



BSBD-Landesvorsitzende Birgit Kannegießer: „Wir dürfen stolz sein, auf all das was wir in 60 Jahren erreicht haben.“

tern aus der Abteilung Justizvollzug waren aus der Politik auch die vollzugspolitisch aktiven Abgeordneten aus dem hessischen Landtag Frau Regine Müller (MdL SPD, Vorsitzende des UJV), Herr Hugo Klein (MdL CDU), Frau Heike Hofmann (MdL SPD), Frau Karin Müller (MdL Bündnis 90/Die Grünen), Herr Dr. Blechschmidt (MdL FDP) und Frau Marjana Schott (MdL Die Linke) zum Jubiläumsgewerkschaftstag gekommen. Auch der ehemalige UJV-Vorsitzende Herr MdL a.D. Alfons Gerling ist der Einladung gefolgt. Neben der Bundesleitung des BSBD-Bund mit dem Vorsitzenden René Müller und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Anja Müller und Horst Butschnek konnte vom BSBD Hessen auch aus der Gewerkschaftsfamilie des dbb als



Justizministerin Kühne-Hörmann (l.) honorierte das Engagement von Birgit Kannegießer.

machte Birgit Kannegießer aber darauf aufmerksam, dass die Personalsituation im hessischen Justizvollzug weiterhin sehr angespannt ist. Auch die Herausforderungen bei der Errichtung einer Abschiebehafteinrichtung – hier wird der Justizvollzug Amtshilfe für das Innenministerium leisten – müssen gemeistert werden. Birgit Kannegießer rückte neben der gewerkschaftlichen Forderung eines Bau- und Sanierungskonzeptes für alle hessischen Vollzugsanstalten, Aufgabe der Teilprivatisierung der JVA Hünfeld auch die Themen Aufgabenhebung beim Vollzugspersonal sowie die neuen Anforderungen an das Vollzugspersonal beim Umgang mit der auffällige ansteigenden Anzahl an verhaltensauffälliger, Regel nonkonformer, respektloser und gewaltbereiter



Für 25-jähriges Engagement im BSBH wurde OV-Vorsitzende Simone Tafel-Höfling (OV KS I) geehrt.



Dank für das langjährige Mitwirken im Landesvorstand sprach Kannegießer den scheidenden Landesvorstandsmitgliedern aus.

Inhaftierter ins Blickfeld der Zuhörer. „Nähe ist unsere Stärke“, so **Kannegießer** und nur durch die engagierte Arbeit in den Ortsverbänden kann diese Nähe hergestellt werden.

Für 25-jähriges Engagement im **BSBD** wurden die OV-Vorsitzenden **Simone Tafel-Höfling** (OV KS I) und **Uwe Dehne** (OV Darmstadt) geehrt.

Dank für das langjährige Mitwirken im Landesvorstand sprach **Birgit Kannegießer** den scheidenden Landesvorstandsmitgliedern **Günter Kowalski**, **Franz-Josef Pfeiffer**, **Mattias Gerber**, **Michael Horn** und **Reiner Ruf** aus.

Zum Abschluss der Rede betonte die Landesvorsitzende „60 Jahre sind aber nicht genug! Für Gewerkschaftsarbeit gibt es – leider – nie ein Genug! Ich bin überzeugt, dass der **BSBD** Hessen den heute anstehenden Personalwechsel in ganzer Verantwortung für die anstehenden Aufgaben mit viel Elan und Kraft für neue Herausforderungen gestalten wird“, und schloss Ihre Festrede mit einer kleinen gelungenen Gesangseinlage: *„60 Jahre und kein bisschen leise, hart gekämpft und vieles durchgebracht, 60 Jahre – ja, wir machen weiter, BSBH – wir sind DIE Kraft!“*

Danach hatten die Gastredner das Wort. Frau **Justizministerin Kühne-Hörmann** honorierte das Engagement der Landesvorsitzenden. Sie setzte sich für die Gewerkschaftsarbeit mit Herz-

blut und Kompetenz ein. Frau Ministerin versprach, alles dafür zu tun, um zu vermeiden, dass das Vollzugspersonal Opfer von Beleidigungen und Gewalt werde. Dies beginne bereits bei Respektlosigkeiten. Die Verletzung von Regeln könne in der Folge zu Straftaten führen. Zur Einrichtung einer Abschiebeeinrichtung im Gebäude des offenen Vollzuges der JVA Darmstadt erläuterte die Staatsministerin **Kühne-Hörmann**, nach aktuellem Stand sei vorgesehen, 25 Stellen zum Betrieb der Abschiebehaft auszubringen. Die Ausbildung wird durch den Vollzug erfolgen. In der Übergangsphase werden Justizvollzugsbeamte auf überwiegend freiwilliger Basis im Wege der Amtshilfe (in Abordnung) dort tätig sein. Eine dauerhafte Abordnung ist jedoch nicht angedacht. Die Fachabteilung ist bemüht, hier eine Bedienstetenfreundliche Lösung herbeizuführen. Die Ministerin betonte, dass die Fachabteilung zu diesem Thema auch jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung stehen werde.

Zum Abschluss der Grußworte überreichte die Landesvorsitzende der Ministerin als Dank für die Anhebung der Vollzugszulage einen Blumenstrauß.

Auch MdL **Hugo Klein** (CDU), MdL **Heike Hofmann** (SPD), MdL **Karin Müller** (Bündnis 90/Die Grünen), MdL **Dr. Frank Blechschmidt** (FDP)

und MdL **Marjana Schott** (Die Linke) fanden in ihren Grußworten anerkennende Worte für die Arbeit des **BSBD**. In vielen gemeinsamen Gesprächen seien gute Ansätze zu Weiterentwicklung des Vollzuges auf politischer Ebene erarbeitet worden. Der **BSBD** habe immer offen und ungeschönt die Situation im Vollzug dargestellt, aber auch durch stets konstruktive Kritik an der Erreichung sachlicher Lösungsvorschläge mitgewirkt.

René Müller, Bundesvorsitzender des **BSBD**, gratulierte dem Landesverband Hessen zu seinem Jubiläum und dem Engagement für ihre Mitglieder. Der **BSBD** Hessen habe sehr viel für seine Mitglieder erreicht. Der Bundesvorsitzende des **BSBD** rückte in seinem Grußwort die bundesweit kritische Personalsituation im Vollzug bei gleichzeitig steigenden Gefangenzahlen sowie die brisante Mischung der verschiedensten Verhaltensauffälligkeiten der Inhaftierten in den Focus. Er sieht es als hochgefährlich an, dass durch die Föderalismusreform jedes Bundesland andere Lösungsansätze für die gleichen Herausforderungen suche und dadurch auch eine unterschiedliche Behandlung von gleichgearteten Gefangengruppen entstehe. Beispielfhaft nannte er die gesetzlichen Regelungen für die Ausgestaltung der Abschiebehaft. Flüchtlinge, Islamismus, Rechts- und



Zahlreiche Ehrengäste waren der Einladung des BSBH Hessen gefolgt.

Linksextremismus, radikal anarchische Gruppierungen (zum Beispiel Rocker) und Gewalt gehören mittlerweile, so **René Müller**, zum Alltag eines Justizvollzugsbediensteten.

Auf Grund kultureller Gegebenheiten, wie einem verklärten Frauenbild, der von den Flüchtlingen gemachten Kriegserfahrungen und der bestehenden Gewaltbereitschaft entstünde, so der **BSBD-Bundesvorsitzende**, eine hochexplosive Mischung, die durch das Vollzugspersonal gehandelt werden müsse. Hinzu kommen noch die bestehenden Sprachbarrieren. Fehlende Kommunikationsmöglichkeiten führten in der Folge häufig dazu, dass Toleranz und Offenheit des Vollzugspersonals durch die ausländischen Inhaftierten als Schwäche und fehlende Durchsetzungsfähigkeit verstanden würden.

Dies führe dann wiederum zu einer krankmachenden Belastung im Personal mit der Folge eines steigenden Krankenstandes. Daher fordert der **BSBD-Bund** die Krankenausfallquote entsprechend den neuen Gegebenheiten anzupassen. Auch sei dienstlicher Rechtsschutz für die Bediensteten von großer Bedeutung. Zum Abschluss sei-



Die Bundesleitung des BSBD war mit dem Vorsitzenden René Müller und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Anja Müller und Horst Butschinek auf dem Jubiläumsgewerkschaftstag vertreten.

ner Grußworte bedankte sich **René Müller** beim **BSBD Hessen** für die gute Zusammenarbeit und ist sich sicher, dass diese auch in Zukunft so weitergeführt wird.

Last but not least überbrachte der **dbb-Landesvorsitzende Heini Schmitt** die Glückwünsche des Dachverbandes zum Jubiläum und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit. Durch das gewerkschaftliche Engagement konnte in Hessen ein guter Tarifvertrag erreicht werden. Aus Sicht von **Heini Schmitt** steht Hessen hier im Ländervergleich

ganz weit vorn. Jedoch sähe dies im Bereich der Beamtenbesoldung anders aus. Er merkte an, dass gewerkschaftliche Forderungen nur durchgesetzt werden können, wenn auch mal eine massivere Gangart eingeschlagen wird. Hier spielte er auf das Klageverfahren im Bereich der Besoldung in Hessen an. Mit leichter Ironie wandte er sich mit folgenden Worten

an die Politik: „Ich bitte insoweit um Verständnis für unser Agieren. Aber wir haben nicht damit angefangen!“

Des Weiteren sprach der **dbb Landesvorsitzende** die Wichtigkeit des Schutzes der Landesbediensteten vor Beleidigungen und Gewalt an. Der Staat müsse deutlich zum Ausdruck bringen: „Das lassen wir mit unseren Bediensteten nicht machen!“

Die Sachverhalte dürften nicht klein geredet werden, sondern müssen sensibel ernst genommen werden. Besonders von den Vorgesetzten.

BSBD Hessen im Umbruch

Neuer Landesvorstand gewählt



V.l.n.r.: Melanie Peil, Wilma Volkenand, Kim Griemsmann, Simone Tafel-Höfling, Karsten Müller, Birgit Kannegießer, Carola Lerbs, Heinz-Dieter Hessler, Florian Haas, Thomas Pulwer, Andrea Abel, Sylke Schlöch, Karsten Koudela, Anja Müller und Volker Fleck. Fotos (2): BSBD-LV-Hessen

Der BSBD Hessen hat einen neuen Landesvorstand gewählt. Die Landesvorsitzende **Birgit Kannegießer** sowie die Landesschatzmeisterin **Melanie Peil** stellten sich als einzige Amtsinhaberinnen der Wiederwahl und wurden einstimmig wiedergewählt.

Neu in den Landesvorstand gewählt:

- **Andrea Abel**, stellv. Vorsitzende und Fachgruppenvertreterin AVD (OV Hünfeld)

- **Florian Haas**, stellv. Vorsitzender und Rechtsschutzbeauftragter (OV Frankfurt IV)
- **Wilma Volkenand**, stellv. Vorsitzende und Tarifbeauftragte (OV Kassel I)
- **Karsten Müller**, stellv. Vorsitzender und Mitgliederverwaltung (OV Weiterstadt)
- **Florian Prihoda**, Landesgeschäftsführer (OV Butzbach)

Der Landesvorstand wird ergänzt durch die kooptierte Kollegin **Anja Müller**

(Redaktionsdienst Vollzugsdienst und stellvertretende Bundesvorsitzende) und durch den Ehrenvorsitzenden **Heinz-Dieter Hessler**.

Als Vertretung für die Fachgruppen wurde wie folgt gewählt:

- **Volker Fleck**, Laufbahn höherer Dienst (OV Rockenberg)
- **Karsten Koudela**, Laufbahn gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst (OV Schwalmstadt)

- **Simone Tafel-Höfling**, Laufbahn mittlerer Vollzugs- und Verwaltungsdienst (OV Kassel I)
- **Thomas Pulwer**, Laufbahn Technischer Dienst (Werkdienst) (OV Wiesbaden)
- **Thomas Rausch**, Laufbahn Krankenpfordienst (OV Kassel I)
- **Sylke Schlöch**, Laufbahn Sozialdienst (OV Wiesbaden)
- **Carola Lerbs**, Frauenvertretung Bund (OV Frankfurt IV)
- **Kim Griemsmann**, Frauenvertretung Land (OV HBWS)
- **Jens Huber**, Auszubildende und Jugend (OV Frankfurt IV)
- **Siegfried Urbanek**, Schwerbehindertenvertretung (OV Gießen)
- **Günter Kowalski**, Vertretung der Pensionäre (OV Dieburg).

Die neuen Mitglieder sowie die neu gewählten Fachgruppenvertreter/innen werden wir in den nächsten Ausgaben des Vollzugsdienstes vorstellen.



V.l.n.r. Melanie Peil (Schatzmeisterin), Florian Prihoda (Geschäftsführer), Wilma Volkenand (Tarifvertretung), Birgit Kannegießer (Vorsitzende), Heinz-Dieter Hessler (Ehrenvorsitzender), Karsten Müller (Mitgliederverwaltung), Andrea Abel (Fachgruppenvertretung AVD) und Florian Haas (Rechtsschutz).

Was uns in Kassel bewegt ...

OV Kassel I wünscht sich sinnvolle und familienfreundliche Ausbildungsplanung

... bereits im Sommer 2016 haben wir im **Ortsverband Kassel I** mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, dass einige unserer AnwärterInnen des allgemeinen Vollzugsdienstes den Ausbildungsabschnitt „Strafhaft“ in der JVA Hünfeld absolvieren sollten und das obwohl die JVA Kassel I außer des Jugendvollzuges alle Vollzugsformen abdeckt.

So verfügt die JVA Kassel I über eine Zweiganstalt des offenen Vollzuges an Männern und Frauen, eine Zweiganstalt des geschlossenen Frauenvollzuges und die Hauptanstalt mit dem geschlossenen Vollzug an Männer in Untersuchungs- und Strafhaft. Dem Einsatz des Ausbildungsleiters, des örtlichen Personalrates und der Intervention der Anstaltsleitung war es dann letztlich geschuldet, dass diese Ausbildungsplanung rückgängig gemacht wurde.

Umso erstaunter mussten wir dann in diesem Jahr zur Kenntnis nehmen, dass für einige unserer AnwärterInnen eine Ausbildungsplanung erfolgt ist, die mit „Reisen“ nach Gießen, Fulda und Frankfurt verbunden sein sollte. Wir waren zunächst davon ausgegangen, dass die Ausbildungsplanung nach der Kritik im vergangenen Jahr wieder sinnvoll und sozial verträglich erfolgt, wie in all' den Jahren zuvor.

Da hatten wir uns leider geirrt. Diese erneute, für uns nicht nachvollziehbare, sozial unverträgliche und keinesfalls familienfreundliche Planung

haben wir im Ortsverband Kassel I zum Anlass genommen, uns nun auch für unsere Kasseler AnwärterInnen des allgemeinen Vollzugsdienstes einzusetzen. Gerade die AnwärterInnen aus den nordhessischen Anstalten sind im Rahmen der 2-jährigen Ausbildung insgesamt 10 Monate nicht am Heimatort.

Die Absolvierung zusätzlicher Ausbildungsabschnitte in Gießen, Fulda und/oder Frankfurt wäre mit weiteren Reisen, höheren Fahrtkosten und ggf. Unterkunftskosten verbunden. Außerdem würden Haushaltsmittel für Trennungsgelder und Reisekosten für das Land Hessen anfallen.

Am 9. November 2017 haben wir uns dann mit der Bitte, die Anwärterinnen und Anwärter der JVA Kassel I zukünftig

für die Dauer der fachpraktischen Ausbildung, mit Ausnahme des Ausbildungsabschnittes „Jugendvollzug“, der JVA Kassel I zuzuordnen, an das **H.B.Wagnitz-Seminar** gewandt.

Der Zeitpunkt unseres Schreibens war zwar zufällig gewählt, aber aufgrund der zwei Tage später anberaumten Anstaltsleiterdienstbesprechung, bei der alle Behördenleiter anwesend waren, sozusagen „just in time“.

Die Thematik wurde somit nicht nur durch die Anstaltsleitung der JVA Kassel I eingebracht, sondern durch unser Schreiben gestützt.

Als Ergebnis der gemeinsamen Erörterung zwischen den Behördenleitern wurde festgehalten, dass der Einsatz der Anwärter zukünftig in enger Absprache mit den Anstaltsleitungen erfolgen wird. Der Leiter des **HBWS** hat in diesem Zusammenhang die Rolle des Dienstleistungszentrums nochmals betont. Auch in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Leiter des **HBWS** haben wir in einer angenehmen, konstruktiven Weise die unterschiedlichen Standpunkte nochmals erörtert. Eine schriftliche Antwort auf unser Schreiben wurde zugesagt. Unsere Forderung nach einer vernünftigen, nachvollziehbaren, sozial verträglichen und familienfreundlichen Ausbildungsplanung soll nun in Zukunft Rechnung getragen werden.

*Simone Tafel-Höfling
Ortsverbandsvorsitzende OV Kassel I*



H.B.Wagnitz-Seminar. Foto: hbws-justiz.hessen.de